

**22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 27.09.2018**

TOP 5

Aufhebung der Straßenbeitragssatzung

Vorlage: 1084/18 - I/357

Der Redebeitrag von FrkV Dr. Bürger wurde auf eigenen Wunsch wörtlich protokolliert:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, es ist gut, dass wir endlich Entscheidungsvorlagen zu diesem Thema in der Stadtverordnetenversammlung haben. Seit der Gesetzesänderung im Mai und dem Erlass des Innenministeriums zur Umsetzung wissen wir: Wir haben einen Handlungsspielraum. Und den wollen wir nutzen.

Warum wollen wir ihn nutzen und warum so schnell? Wir sehen mit großer Sorge die existenziellen Sorgen der Bürger, die von exorbitanten Beträgen betroffen sind. Ich verstehe bis jetzt nicht, warum diese dem Magistrat egal sind und warum er so wenig im Sinne der Bürger tut. Deshalb müssen wir nun als Stadtverordnetenversammlung mit den Mitteln, die wir haben, einschreiten. Es kann und darf nicht sein, dass, Wohneigentum in Wetzlar zu haben, zu einem existenziellen Risiko wird. Wenn Straßenbeiträge 10 - 30 % des Werts einer Immobilie ausmachen, dann ist das eine kalte Enteignung! Dass die Lage in Wetzlar so eskaliert, liegt an dieser extremen Höhe - in Steinbach im Ts. etwa (Bgm. Naas) liegen Straßenbeiträge regelmäßig unter 1 % des Gebäudewerts. Da gibt es keine vergleichbaren Probleme.

Ich hätte mir gewünscht, dass Verwaltung und Bürger zusammen über die Baumaßnahme geschaut hätten, sie zusammen auf das nötige Maß gestutzt hätten; dass andere Kostenträger wie Abwasserverband, enwag und Telekom mit maximal möglichen Beträgen eingebunden worden wären und wir heute von vielleicht 20 - 30 % der im Raum stehenden Summen reden würden. Das wäre immer noch Geld, aber es wäre bezahlbar - und dann auf Wunsch auf bis zu 20 Jahre verteilt.

Aber: Diesen Weg müsste die Verwaltung gehen und diesen Weg sind die handelnden Personen, insbesondere Bgm. Semler und OB Wagner, nicht gegangen. Damit tragen sie die Verantwortung für die Situation, in der wir heute sind. Ich bedauere dies zutiefst!

In einer solchen Situation des beiderseitigen Entgegenkommens hätte man vielleicht noch eine Straßenbeitragssatzung - ggf. mit verringerten Anteilen der Bürger - aufrechterhalten können. Mit seiner unnachgiebigen Art hat der Magistrat diesen Weg nun verbaut. Die Bürgerversammlung hat dies nur zu deutlich demonstriert.

Deshalb gibt es heute nur noch einen Weg: Die Straßenbeitragssatzung muss gestrichen werden und zwar mit sofortiger Wirkung. Sonst laufen wir auf eine Katastrophe zu: Eine persönliche für viele betroffene Bürger, eine gesellschaftliche im Verhältnis Bürger/Stadt und eine politische, wenn die Bürger den Eindruck

- 2 -

bekommen, demokratische Parteien würden ihnen nicht mehr helfen. Über 30 % für einen AfD-Kandidaten zur Landratswahl in Münchholzhausen dürfen uns nicht gleichgültig lassen.

Deshalb werden wir heute neben unserem eigenen Antrag, der die Vorlage eines Konzepts zur Finanzierung wegfallender Straßenbeiträge fordert, auch dem Antrag der CDU auf sofortige Abschaffung der Straßenbeitragssatzung zustimmen. Wir unterstützen auch den Punkt 1 des Antrags 358, der sich auf die Optimierung des städtischen Haushalts bezieht. Dabei sollte aber jedem klar sein: Das Geheimnis des Sparens ist der Verzicht. Wir werden eine Liste von verzichtbaren Projekten benötigen, z. B. den Wilden Wiesen oder dem eigenen Klimaschutzmanagement.

Klar ist auch: Wir werden als Stadtverordnetenversammlung und erst recht nicht als Opposition gegen die Verwaltung und gegen die Koalition sparen können. Um einmal Zahlen zu nennen: Der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat im Landtag behauptet, mit 60 Mio. € p. a. seien die Bürgeranteile der Straßenbeiträge in Hessen bezahlt. Das sind rund 10 € pro Einwohner pro Jahr und damit 520.000 € für Wetzlar. Selbst wenn wir das Dreifache ausgeben sollten - was ich für viel zu viel halte - dann wären wir in der Größenordnung von 1 % des städtischen Haushaltes. Niemand kann mir weismachen, dass ein Kämmerer nicht 1 % seines Haushaltes einsparen kann, wenn er denn will - zumal mit dem Wegfall der Abrechnung auch Kosten in der Verwaltung automatisch sinken.

Deshalb kann ich nicht erkennen, dass eine zusätzliche Steuer nötig wäre, die zudem ein großes Risiko birgt: Wenn der Magistrat wieder in die Vollen greift, dann muss er gar nicht mehr sparen, weil alles automatisch die Hauseigentümer und womöglich auch die Mieter zahlen. Das Bauamt müsste auch gar keine Anstrengungen unternehmen, billiger zu bauen - es wird ja eh alles bezahlt. Das kann und darf es nicht sein. Einen solchen Blankoscheck auf dem Rücken der Wetzlarer können und werden wir nicht ausstellen.

Deshalb wollen wir ein Konzept vom Magistrat und vom Kämmerer vorgelegt bekommen, welche Umschichtungen im Haushalt möglich sind. Wenn dort als eine Maßnahme unter vielen auch eine einzelne Steuer erhöht wird - vielleicht die Spielautomatensteuer - dann werden wir das prüfen und dann soll das nicht prinzipiell an uns scheitern. Aber als Stadtverordnete sind wir - zumindest verstehen wir uns als FDP-Fraktion so - Anwälte der Bürger gegenüber der Verwaltung. Deshalb muss uns erst mal die Verwaltung vorlegen, warum es unmöglich ist, dieses 1 % HH-Volumen einzusparen, bevor wir unsere Bürger über weitere Steuern belasten.

Und bevor Sie ‚unseriös‘ rufen: Wie seriös haben Sie die Finanzierung für Ihren 4. Hauptamtlichen oder für das eigene Klimaschutzmanagement vorgelegt, als Sie dies beschlossen haben? Ich kann mich an keine Finanzierungsvorschläge erinnern. Das haben Sie einfach beschlossen, weil es Ihnen wichtig war. Uns sind die Bürger, die Häuser in den betroffenen Gegenden haben, wichtig. Und deshalb setzen wir uns für die Streichung der Straßenbeiträge in Wetzlar ein. Wir werden dem Antrag zustimmen, vielen Dank.“